
**»» ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE
WIRTSCHAFTSPOLITIK ««**



MEMORANDUM

Sommerschule 2014

**Baustelle Europäische Union – von
Gründungsfehlern bis zur Vision
einer handlungsfähigen politischen
Union**

„Nach turbulenten Jahren der Europäischen Finanz- und Währungskrise, die mit der drohenden Staatspleite Griechenlands Anfang 2010 einsetzten, scheint heute auf den ersten Blick Ruhe eingekehrt zu sein. Maßgeblicher Grund für den Rückgang spekulativer Attacken ist, dass die Staatsschulden mehrerer Euro-Länder den Finanzmärkten entzogen wurden..“

Memorandum 2014 (S. 85)

Gründungsfehler der Währungsunion

- **Rein Monetäre Kriterien bei der Einführung der Währungsunion.**
- **Kein Ausgleich für den Wegfall des Wechselkursmechanismus.**
- **Wachsende Ungleichgewichte führten in die Krise.**

DIE KONVERGENZKRITERIEN



EUROPÄISCHE INTEGRATION

Die Wirtschafts- und Währungsunion



Preisstabilität

Konvergenz
der Zinssätze %



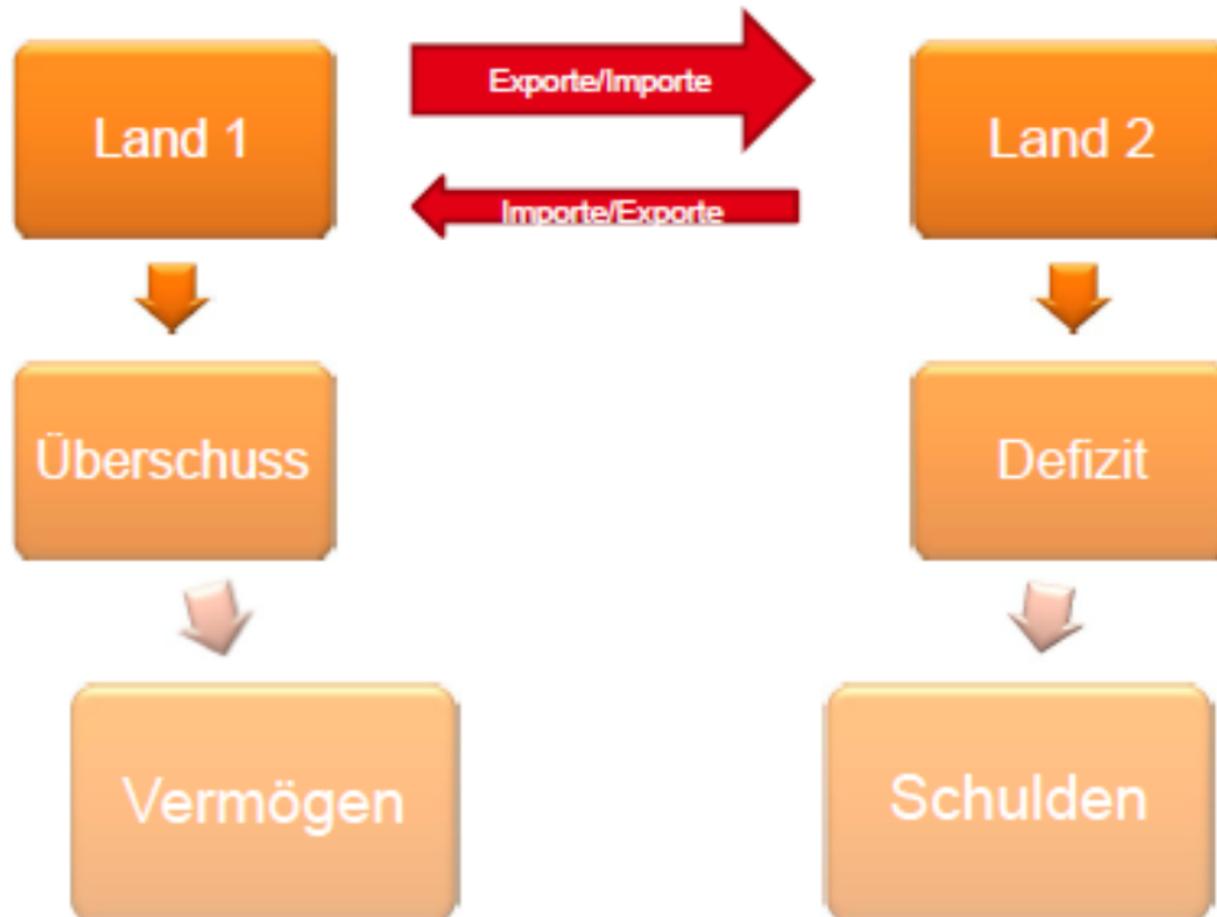
Haushalts-
disziplin

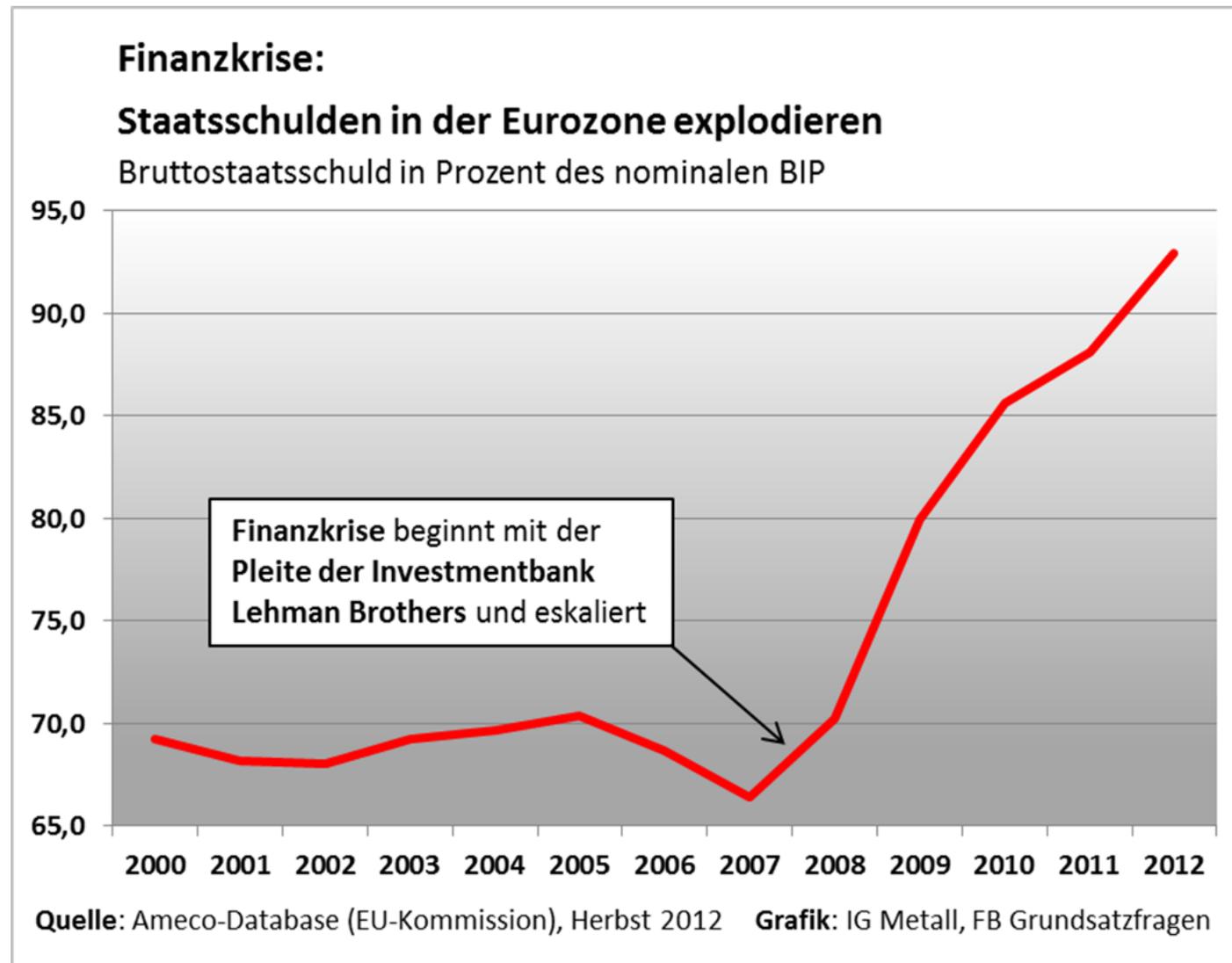
Wechselkurs-
stabilität



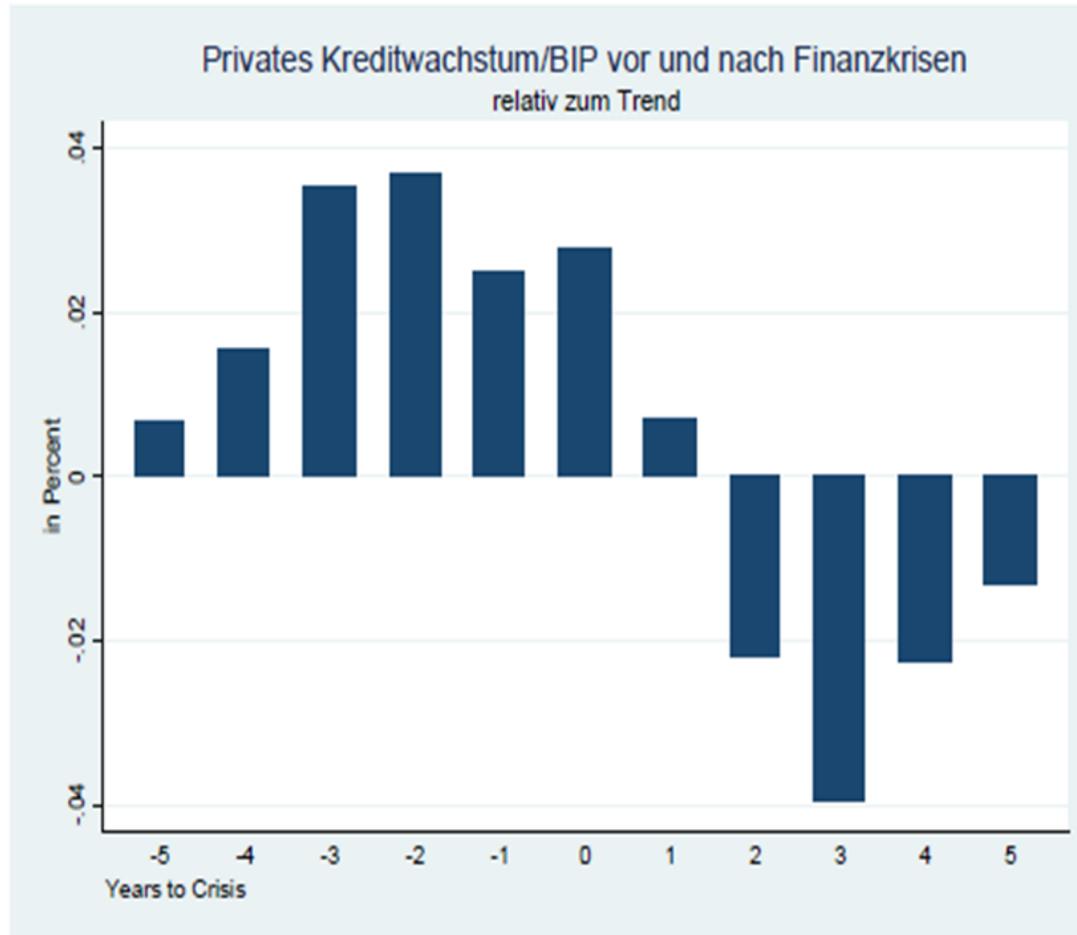
© EUROPÄISCHE ZENTRALBANK EI.005 01/11

Ungleichgewichte führen zur Verschuldung

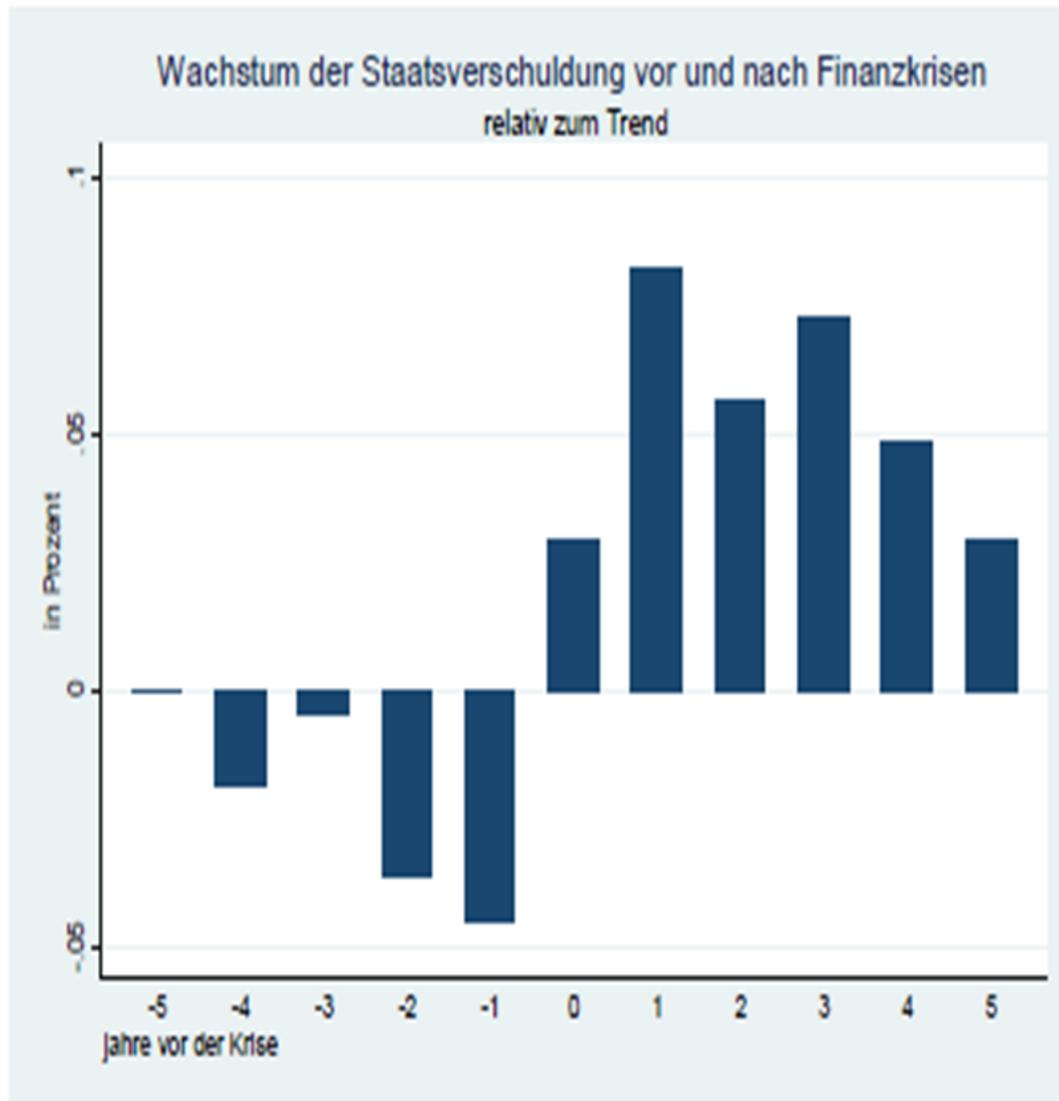




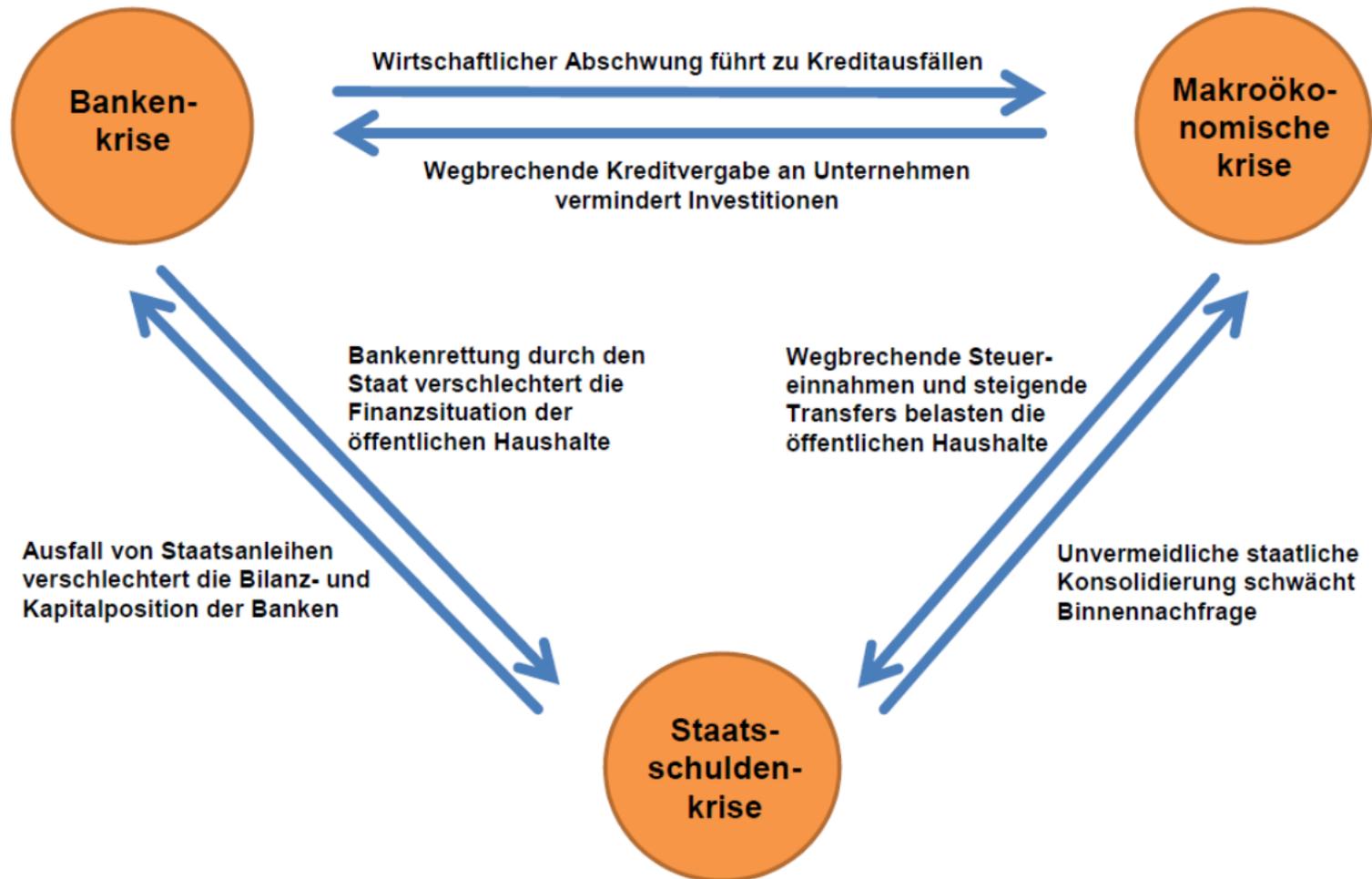
Der Weg in die Krise: Kreditboom im Privatsektor



Staatsschulden steigen erst danach! **» ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK «**



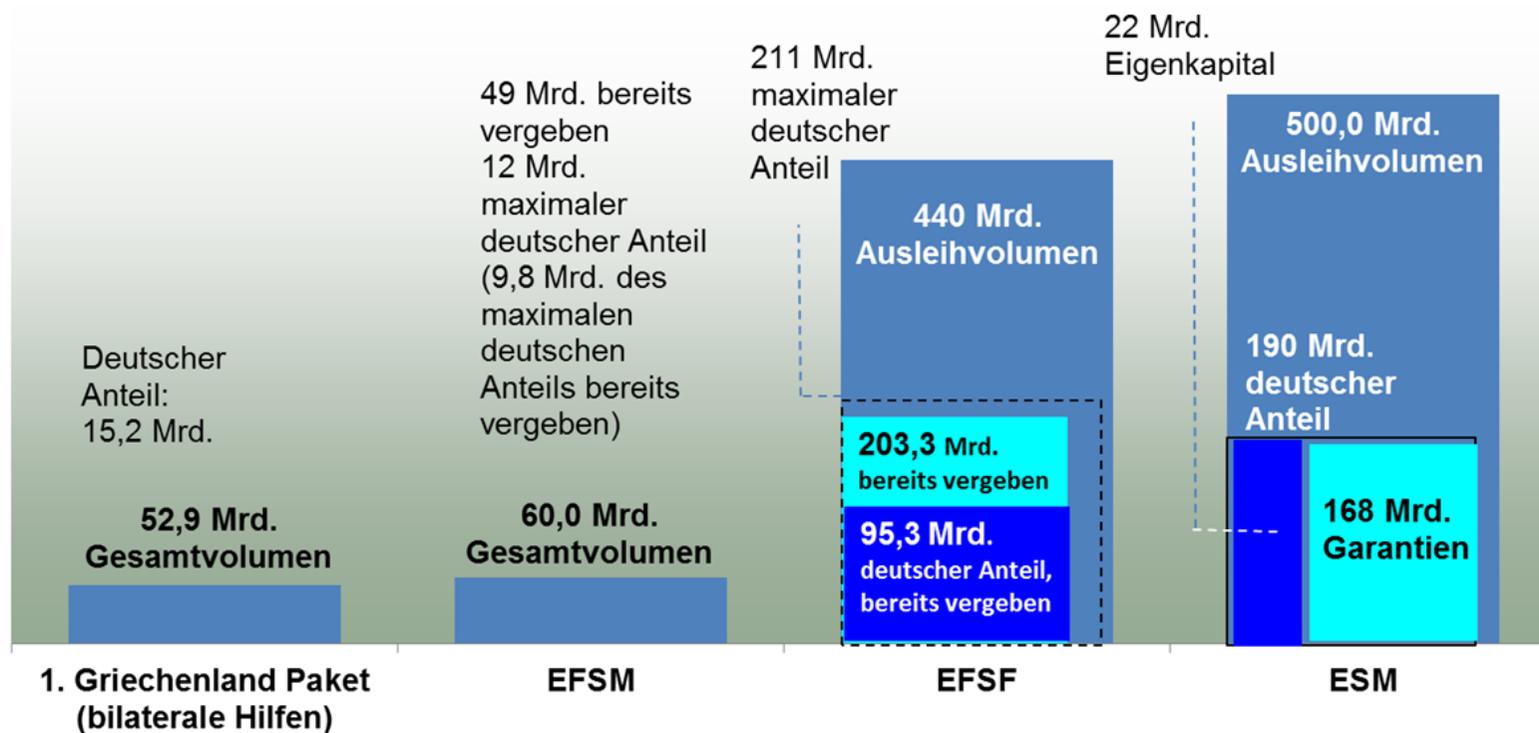
Teufelskreis der Banken, Staatsschulden- und makroökonomischen Krisen



Die Antikrisenpolitik der EU

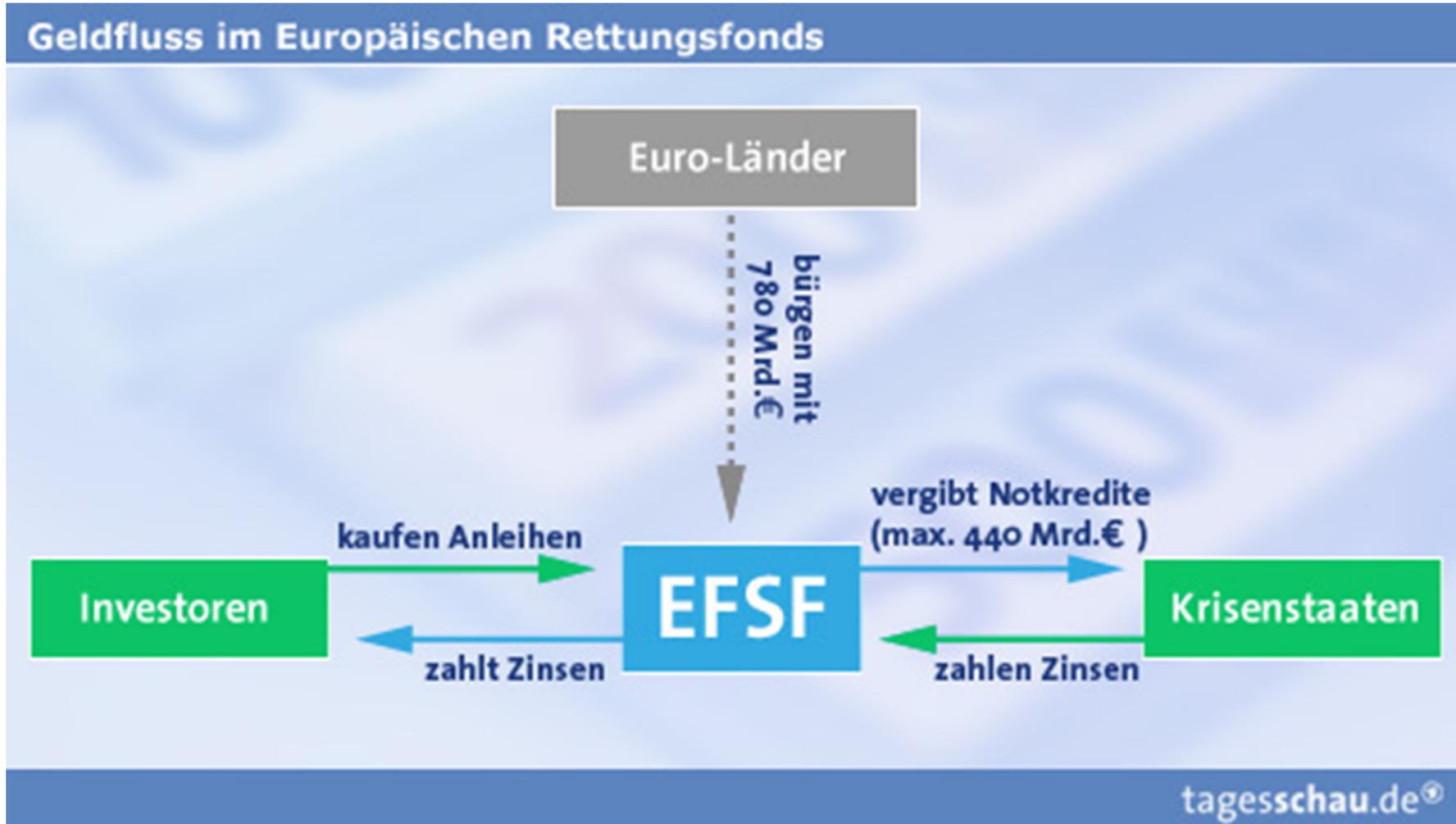
- **Rettungspakete verhindern Staatspleiten**
- **Austeritätspolitik verhindert wirtschaftliche Erholung und soziale Entwicklung**

Europäische Rettungsschirme und Hilfspakete



Quelle: Bundesfinanzministerium, Juli 2012

Grafik: IG Metall, FB Grundsatzfragen



Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM) ab 2013

700 Mrd. €
nominales
Kapitalvolumen
des Krisenfonds



Übersicherung der
ESM - Kredite, um
Top - Rating zu erhalten.

500 Mrd. €
effektive
Kreditvergabe

Deutschland beteiligt sich mit etwa 22 Mrd. €. Die Einzahlung erfolgt über 5 Jahre.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Die Reformstrategie wird weitgehend unverändert umgesetzt :

➤ **Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakt**

Ausgeglichener Haushalt wird vorgeschrieben
Abbau des Schuldenstandes wird verbindlich
Quasi automatische Sanktionen bei Verstößen.

➤ **Koordinierte Wirtschaftspolitik**

Europa 2020 als gemeinsame Wachstumsstrategie
Makroökonomisches Überwachungsverfahren bei
Ungleichgewichten
Euro-Plus-Pakt zur Steigerung der
Wettbewerbsfähigkeit.

➤ **Finanzmarktreformen**

Neue Finanzmarktaufsicht
Regelmäßige Stresstests
Verschärfte Eigenkapitalvorschriften
Nationale Regelungen zur Bankenabwicklung

Austeritätspolitik als generelle Lösung durch Troika ein großes Problem

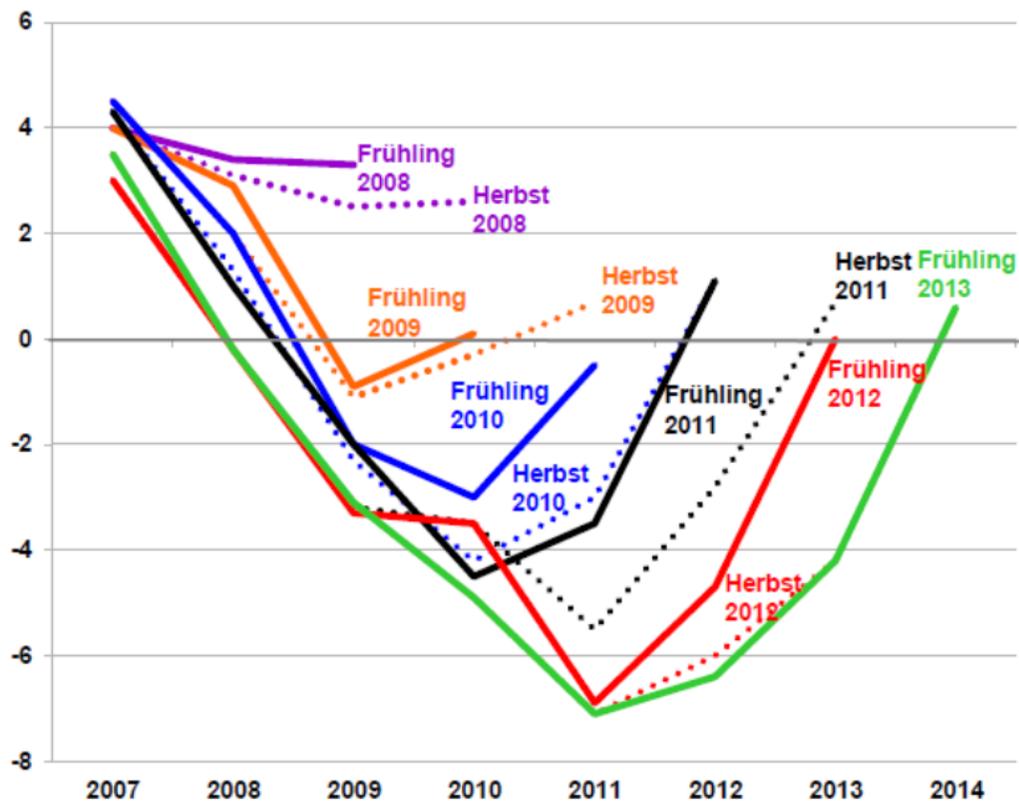
IMK  Hans Böckler
Stiftung 

- Kürzungen bei Sozialausgaben, öffentlichen Investitionen und öffentlicher Beschäftigung, Steuererhöhungen, teilweise sogar Lohnkürzungen,
- Medizin teilweise völlig falsch, ansonsten viel zu stark
- Kampf um die „beste“ Wettbewerbsposition innerhalb der EWU ist kontraproduktiv
- Maßnahmen nicht sozial ausgewogen und deshalb in der Wirkung noch negativer

8

Griechenland: BIP-Prognosen der EU Kommission im Zeitverlauf

(in % gegenüber Vorjahr)



Ein Kern vieler Instrumente (Europäisches Semester, Auflagen bei Hilfen, Anpassung bei Defiziten, Euro-Plus-Pakt) ist **Sozialabbau, Lohnsenkung und Aushebelung der Tarifautonomie**

- ➔ Bei den **Sozialsystemen** ist es vor allem die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters, die flächendeckend durchgedrückt werden.
- ➔ Bei den **Löhnen** sind es vor allem Indexsysteme zur Lohnanpassung und gesetzliche Mindestlöhne, die ausgehebelt werden.
- ➔ Die Maßnahmen sind ein **Generalangriff auf die Gewerkschafts- und Menschenrechte**. Das wird auch auf Deutschland durchschlagen.
- ➔ Zur langfristigen **wirtschaftlichen Stabilisierung** taugen die Maßnahmen nicht. Der wirtschaftliche Absturz der Krisenländer, der ihren Schuldenstand trotz brutaler Sparprogramme sogar ansteigen lässt, zeigt dies deutlich.

“Strukturelle Reformen” der Tarifsysteme

DG ECFIN: “Beschäftigungsfreundliche Reformen”

- Reduzierung der Tarifbindung
- Reduzierung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen
- Dezentralisierung von Verhandlungen
- Abschaffung/Einschränkung des Günstigkeitsprinzips
- Einführung/Ausweitung der Möglichkeit zur betrieblichen Abweichung von Flächentarifverträgen
- Generelle Reduzierung der Lohnsetzungsmacht von Gewerkschaften



etui.

Torsten Müller – industriAll Europe: Collective Bargaining Workshop, March 2014

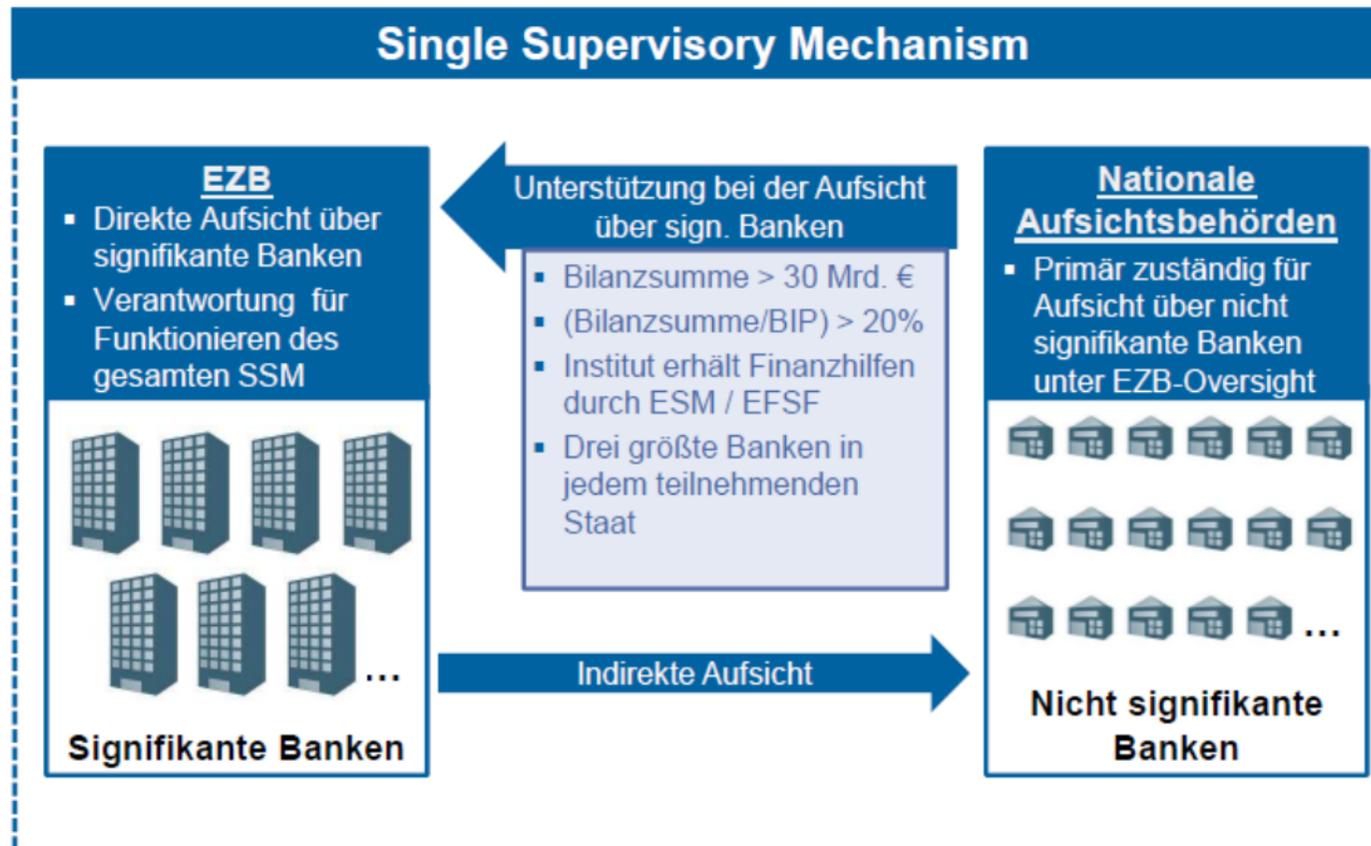
Auswirkungen auf Deckungsrate: Portugal

	2008	2009	2010	2011	2012
Sektorale Vereinbarungen	200	164	166	115	46
Unternehmensvereinbarungen	95	87	64	55	39
Anzahl der Allgemeinverbindlicherklärungen	137	102	116	17	12
Anzahl der von TV abgedeckten Beschäftigten	1.9 Mil.	1.4 Mil.	1.4 Mil.	1.2 Mil.	328,000

Torsten Müller – industriAll Europe: Collective Bargaining Workshop, March 2014

etui.

I. Bankenunion – Die einheitliche europäische Aufsicht Zuständigkeiten



III. Resümee

Einheitlicher Aufsichtsmechanismus

- Harmonisierung der Aufsichtspraxis
- Vermeidung unangemessener Nachsichtigkeit der nationalen Aufsichtsbehörden
- Bereinigung von bilanziellen Altlasten durch das comprehensive assessment

Einheitlicher Abwicklungsmechanismus

- In Verbindung mit der EU-Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten: Bessere Verfügbarkeit von Werkzeugen für ein geordnetes Abwickeln von Banken
- Minimierung des Einsatzes von Steuergeldern für die Abwicklung von Banken

Einheitliches Einlagensicherungssystem

- Aktuell vom Europäischen Parlament entschiedene EU-Einlagensicherungsrichtlinie zielt auf die Harmonisierung von nationalen Einlagensicherungssystemen ab
- Einheitliches und zentralisiertes EU-Einlagensicherungssystem ist derzeit nicht in Sicht

Erich Loeper, Deutsche Bundesbank
30. April 2014
Seite 12

Die EZB stemmt sich gegen die Krise

- **Stark expansive Geldpolitik soll Krise überwinden helfen**
- **Unkonventionelle Maßnahmen haben den Euroraum stabilisiert**
- **Nicht Inflation, sondern Deflation ist aktuell die große Gefahr.**

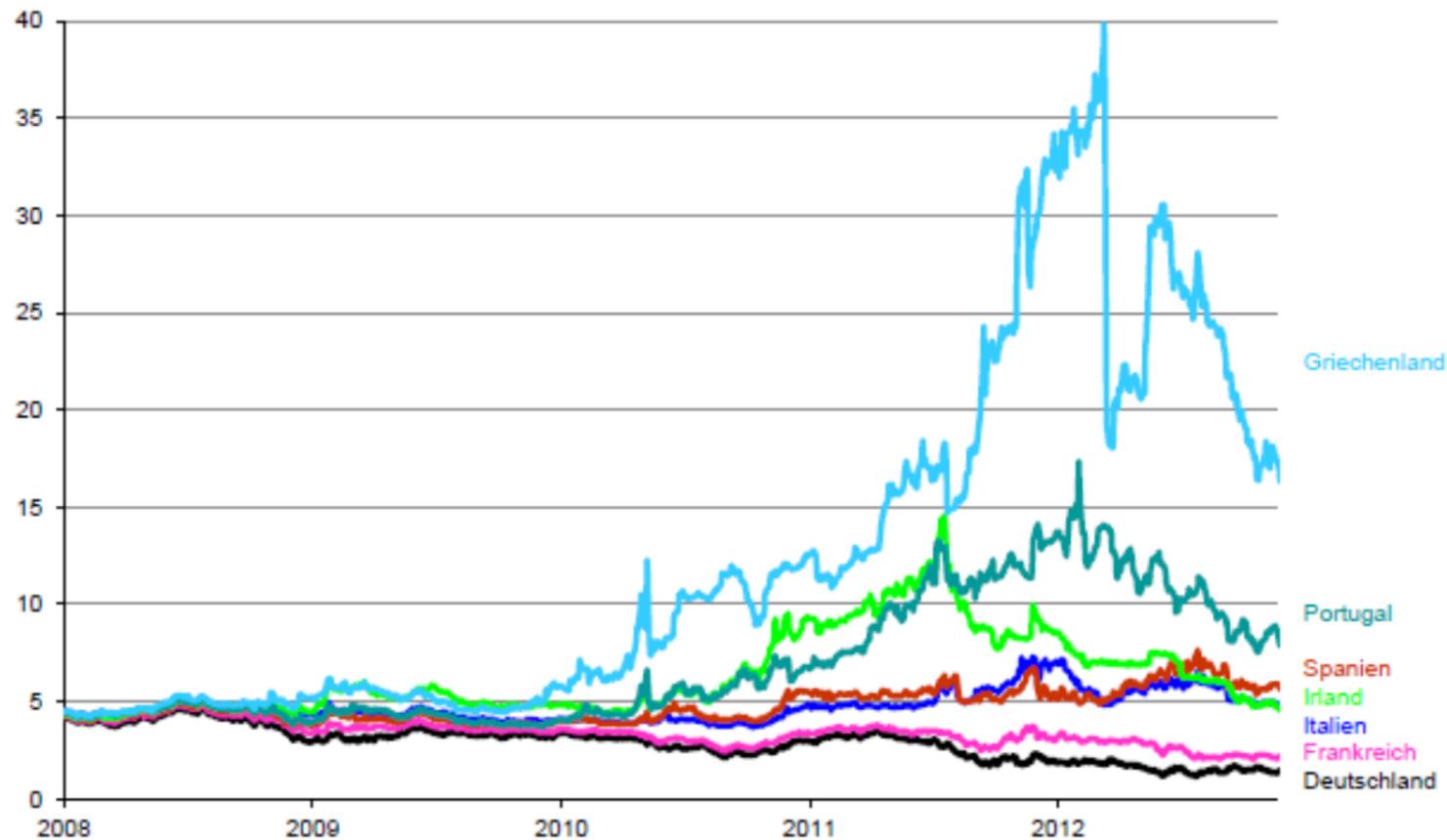
Die EZB weitet die Geldpolitik mit unkonventionellen Maßnahmen aus

- Anfang **Mai 2010**, als die Renditen griechischer Staatsanleihen trotz beschlossenen Hilfspakets und angekündigtem Rettungsschirm für den Euroraum auf über 10 % stiegen, kündigte die EZB überraschend den **Kauf von Staatsanleihen** an und stabilisierte dadurch die langfristigen Zinsen in Griechenland, Irland und Portugal.
- Im **Juli 2011**, als die Krise nach der Ankündigung des griechischen Schuldenschnitts auf Italien und Spanien übergriff, begannen die Zentralbanken des Eurosystems erneut am Markt für Staatsanleihen zu intervenieren: In den Monaten August 2012 bis Dezember 2012 kauften sie **Staatsanleihen** vor allem dieser beiden Länder im Wert **von knapp 140 Mrd. Euro**.

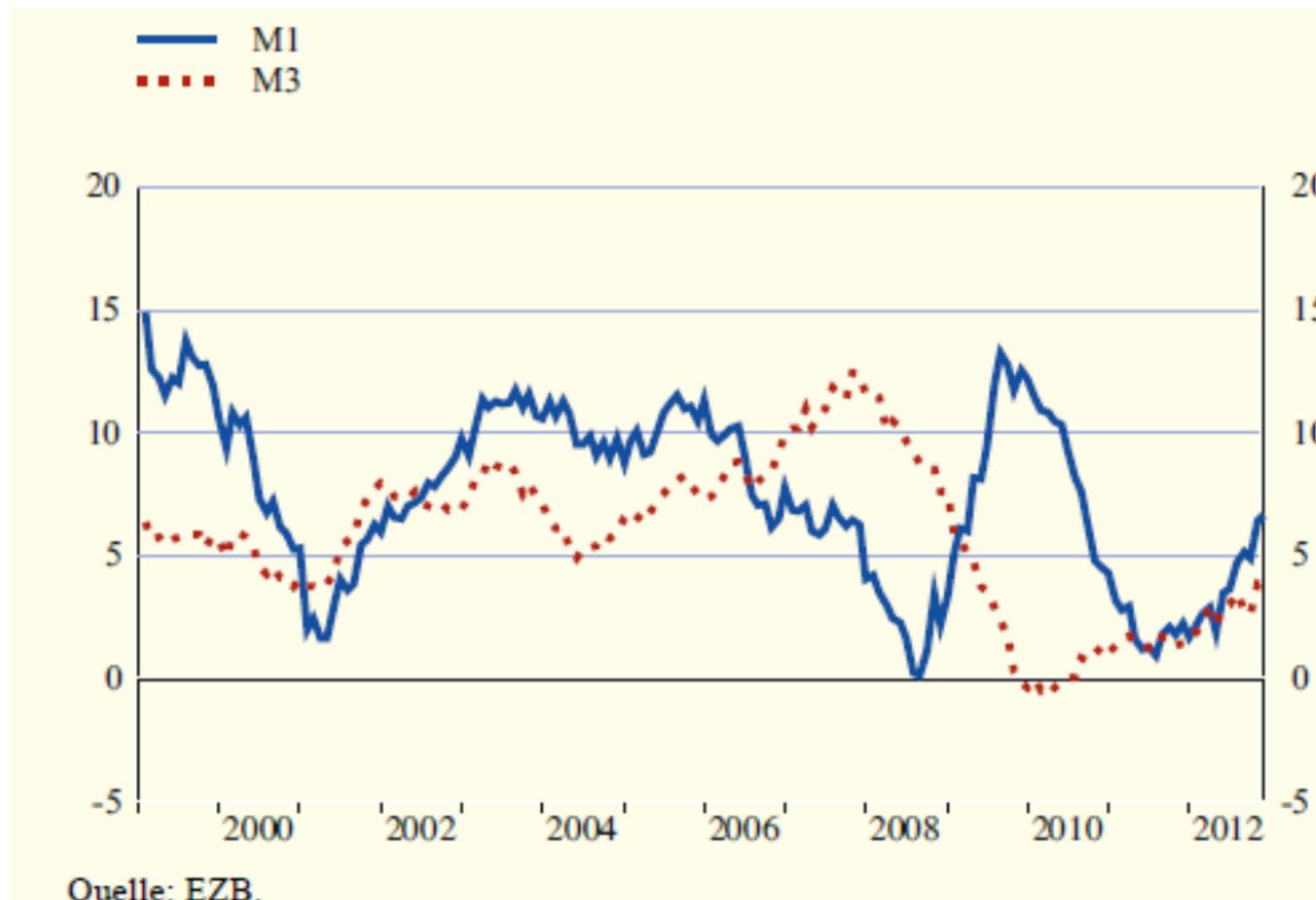
- Als dritte dramatische Rettungsaktion stellte die EZB den Geschäftsbanken des Eurosystems im **Winter 2012** in zwei Schritten **Kredite über eine Billion Euro** mit der Laufzeit von drei Jahren zur Verfügung. („Dicke Bertha“) Zu diesem Zeitpunkt drohte die Krise im Euroraum derart zu eskalieren, dass Bankenzusammenbrüche oder ein Auseinanderbrechen des Euroraums kaum noch zu verhindern gewesen wären
- Im **Sommer 2012** kündigt die EZB an, im Notfall und unter bestimmten Bedingungen **unbegrenzt Staatsanleihen der Krisenländer zu erwerben**. (OMT-Programm – Outright Monetary Transaction) Die Rendite zehnjähriger Staatsanleihen Spaniens, Griechenlands, Irlands, Italiens und Portugals, die seit Frühjahr 2012 wieder deutlich nach oben tendierten, sanken nach der bloßen Ankündigung deutlich.

Renditen zehnjähriger Staatsanleihen ausgewählter Euroländer

Tageswerte in %



Geldmengenentwicklung in der Eurozone – expansive Geldpolitik führt nur zu leichtem Anstieg der Geldmenge

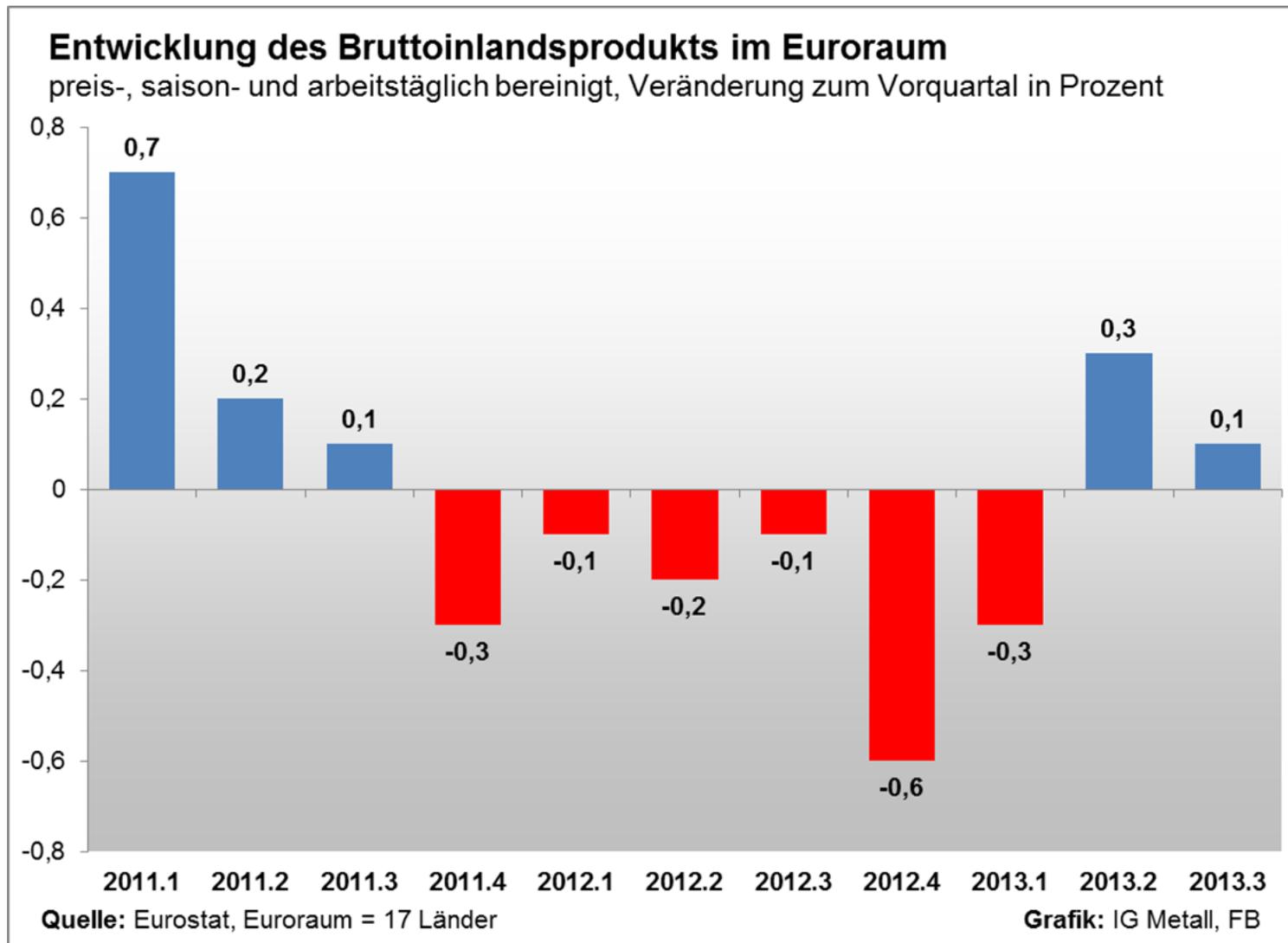


„Kritisiert wird die Niedrigzinspolitik wegen der realen Verluste beim Sparvermögen. ... Diese Geldpolitik lässt sich mit dem Hinweis auf die erfolgreiche Verhinderung einer Deflation bis hin zu einer tiefen Wirtschaftskrise rechtfertigen. So gesehen werden mit dem Vorwurf, die Niedrigzinspolitik enteigne Sparerinne und Sparer und belaste die private Kapitalvorsorge für das Alter, die positiven Folgen dieser vorausschauenden Geldpolitik schlichtweg ausgeblendet.“

Memorandum 2014 (S. 107)

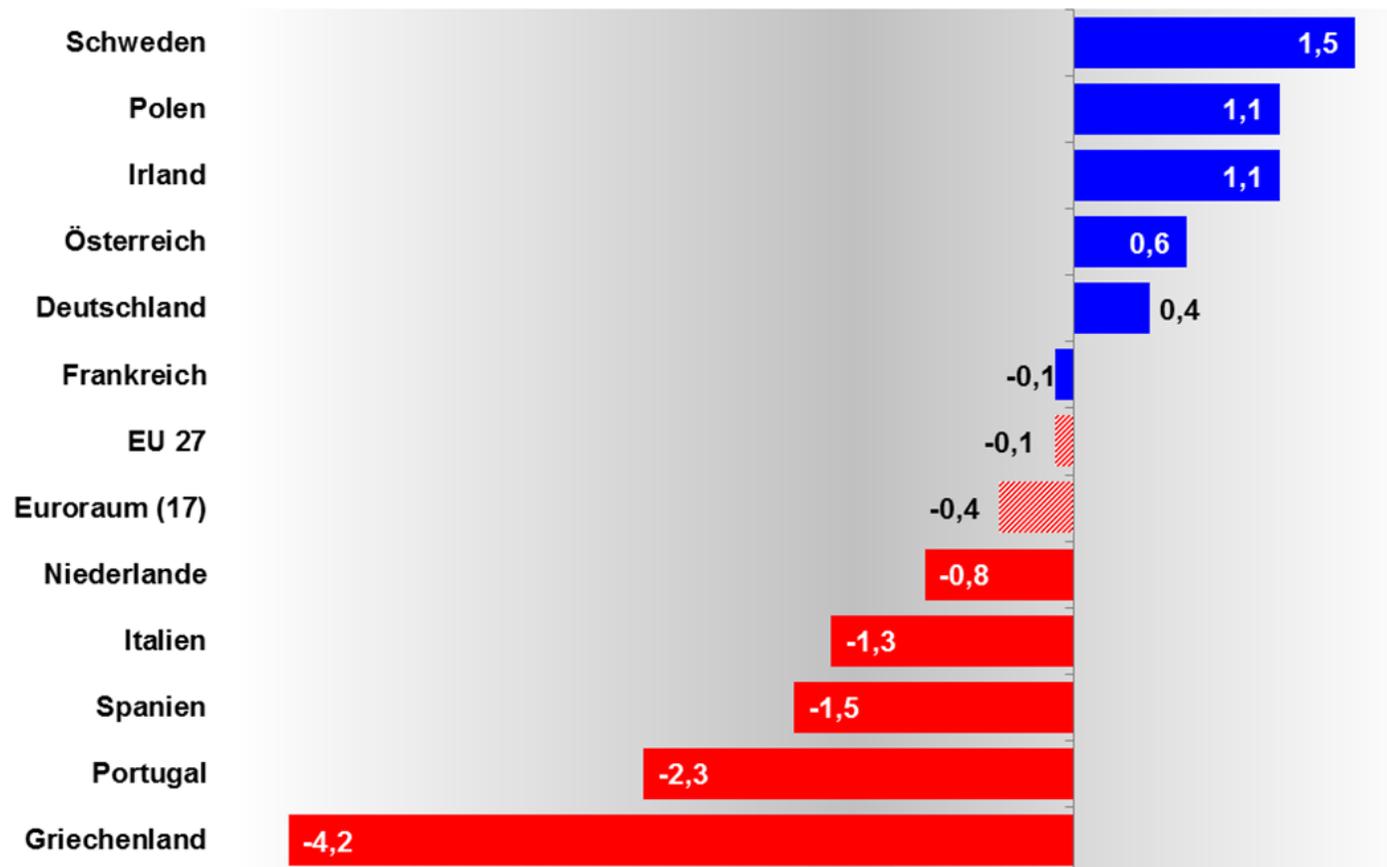
Krise ist nicht überwunden

- **Schwache wirtschaftliche Entwicklung auf niedrigem Niveau.**
- **Strukturprobleme wurden nicht gelöst**
- **Geldpolitik allein kann nicht aus der Krise führen.**
- **Ökonomische Krise hat zu einer breiten Legitimitätskrise in der Union geführt.**



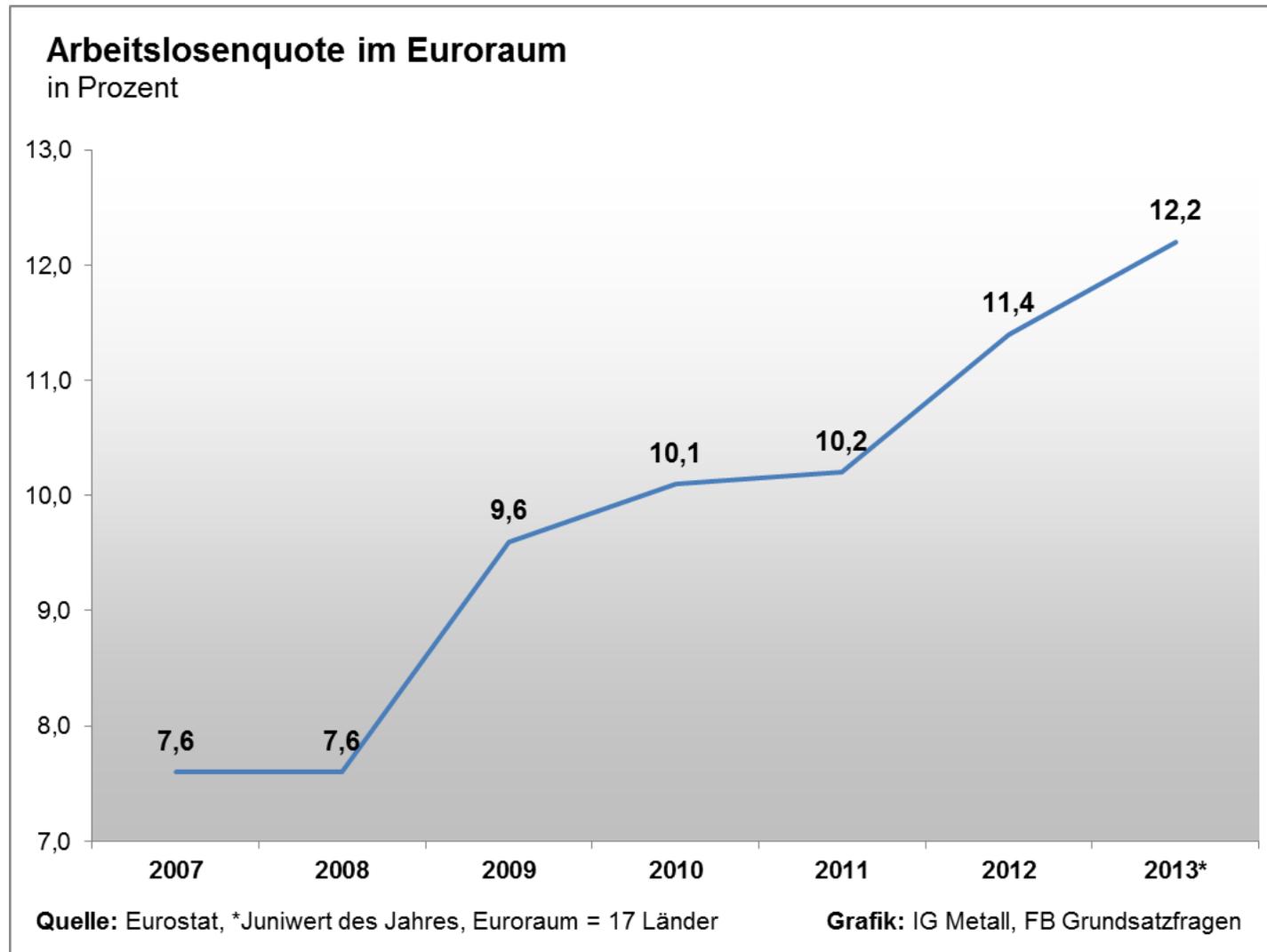
Reales Bruttoinlandsprodukt für 2013 in Europa

Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent



Quelle: Eurostat, Stand: Oktober 2013

Grafik: IG Metall, FB Grundsatzfragen



„Ohne politische Akzeptanz des Währungssystems jedoch sind die ökonomischen und politischen Risiken groß. Dabei erzeugen die durch die EU erzwungene martialische Kürzungspolitik und die Privatisierungen Ablehnung in den betroffenen Ländern. ... Die lang anhaltende Instabilität, die Spaltung zwischen den Mitgliedsländern, die hohe Arbeitslosigkeit in der Peripherie, die verloren gegangene Perspektive junger Menschen ohne Job, wachsende Armut gegenüber Reichtumszonen – all das ist ein Nährboden für eine politische Radikalisierung nach rechts.“

Memorandum 2014 (S. 87)

Alternativen sind möglich und notwendig

- **Ausstieg aus dem Euro ist keine Lösung.**
- **Strukturprobleme wurden nicht gelöst**
- **Geldpolitik allein kann nicht aus der Krise führen**
- **Ökonomische Krise hat zur Legitimitätskrise der Union geführt.**

„Die Vorstellung, dass man Wirtschaftspolitik in die Verfassung aufnimmt und aufnehmen sollte, geht auf neoliberale Denker aus dem deutschen Ordoliberalismus und Friedrich Hayek zurück.

Hayek neigte aus zwei Gründen zu starken Verfassungen und einer eher schwachen Legislative: einem tiefsitzenden Misstrauen der Demokratie gegenüber und einer Überbewertung der Marktprozesse und ihrer Fähigkeit, sich an Veränderungen anpassen und das Wirtschaftsleben stabilisieren zu können.“

EuroMemorandum 2014 (S. 23/24)

Forderungen zu Europa

- ➡ Eine gemeinsame, harmonisierte **Finanzpolitik** führt zu einer Stabilisierung. Dazu gehört auch eine gemeinsame **Steuerpolitik**, die Steuerdumping konsequent verhindert.
- ➡ **Abschaffung des Fiskalpakts** in der bisherigen Form. Vergemeinschaftung der Kreditaufnahme durch Eurobonds, Regelungen für die Altschulden.
- ➡ Investitions- und Aufbauprogramm für Europa zum ökologischen Umbau. Der Vorschlag eines **Marshallplans** des DGB ist dafür ein gutes Beispiel.
- ➡ Für die ökonomische Handlungsfähigkeit der Union muss der **Gemeinschaftshaushalt** (derzeit maximal 1,25 Prozent des BIP) ausgeweitet werden.

Forderungen zu Europa

- ➔ Das Verfahren zum Abbau ökonomischer Ungleichgewichte muss reformiert werden. Die **Überschussländer sind stärker in die Pflicht zu nehmen**.
- ➔ Die **Finanzmärkte** sind endlich konsequent zu regulieren. Vor allem das System der **Schattenbanken** ist einer stärkeren Regulierung zu unterziehen.
- ➔ Die EU ist zu einer **Sozial- und Beschäftigungsunion** zu entwickeln.
- ➔ Weiterentwicklung zu einer **politischen Union**. Dazu gehört zwingend eine weitere **Demokratisierung**, auch auf der Ebene von Betrieben und Unternehmen.